

22 - 1722

An den
Präsidenten des Burgenländischen Landtages
LAbg. Robert Hergovich
Landhaus
7000 Eisenstadt

Eisenstadt, am 7. Feber 2024

Selbständiger Antrag

der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz, MMag. Alexander Petschnig, Markus Wiesler auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend „Jahr der Familie“: Kostenloses Essen in burgenländischen Kinderbetreuungseinrichtungen und Tagesbetreuungen

Der Landtag wolle beschließen:

**Entschließung des Burgenländischen Landtages vom betreffend
„Jahr der Familie“: Kostenloses Essen in burgenländischen
Kinderbetreuungseinrichtungen und Tagesbetreuungen**

Wo, wenn nicht im Bildungsbereich kann gesunde Ernährung forciert werden. Entsprechende Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, ist als öffentlicher Auftrag zu verstehen. Daher wurde noch in der letzten Legislaturperiode im Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz (Bgl. KBBG 2009) festgelegt, dass in den burgenländischen Elementarbildungseinrichtungen bis Ende 2021 ein Bio-Anteil in der Verpflegung der Kinder von 50 Prozent und bis Ende 2024 eine 100-prozentige Versorgung mit Bio-Mahlzeiten sicherzustellen ist.

Die FPÖ unterstützte dieses Vorgehen grundsätzlich, wies aber in weiterer Folge immer wieder darauf hin, dass „Bio“ sehr breit zu sehen ist und vor allem die Regionalität nicht ausschließen soll. Leider hat sich herausgestellt, dass eine 100-prozentige Erfüllung der Bio-Quote bei gewissen Produkten fast unmöglich ist und ein Zukauf aus anderen Regionen oder gar aus dem Ausland unumgänglich erscheint. Trotzdem versteift sich die SPÖ nach wie vor auf „Bio“ und möchte gesunde regionale (Nicht-Bio-)Produkte von den Schulen und Kindergärten fernhalten.

Gemeinden, welche die oben beschriebene Quote in ihren Bildungseinrichtungen nicht erreichen, bekommen vom Land weniger Geld für den Personalaufwand. Laut einem „Kurier“-Artikel wurden der Marktgemeinde Deutschkreutz aus diesem Grund im Jahr 2022 rund 17.000 Euro abgezogen. Lebensmittel müssen aufgrund der Bio-Pflicht bei Großhändlern geordert werden anstatt im Ort oder in der Region. Die Preise für Mittagessen liegen etwa bei € 3,80 im Kindergarten Parndorf oder bei € 5,60 in der Volksschule Lutzmannsburg pro Mahlzeit. Erstere Gemeinde weist bereits ein Minus von € 150.000,- wegen des Bio-Essens auf. (vgl. <https://kurier.at/chronik/burgenland/burgenlaendische-pflicht-zum-bio-essen-stoesst-sauer-auf/402677443>)

Die Auswirkungen treffen natürlich und vor allem auch die Eltern, welche durch die Bio-Quote höhere Preise für das tägliche Mittagessen ihrer Kinder in den Bildungseinrichtungen bezahlen müssen. Zwar gibt es seitens des Landes eine Mittagessensförderung für Kinder in Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen sowie Primar- und Mittelschulen und Allgemeinen Sonderschulen, doch ist diese an äußerst komplizierte Voraussetzungen geknüpft (Einkommengrenzen und verschiedene Stufen je nach Art der Einrichtung).

Die FPÖ hat bereits 2006 den Gratis-Kindergarten gefordert, welcher 2019 während ihrer Regierungsbeteiligung auch umgesetzt wurde. Die SPÖ-Alleinregierung nimmt seit 2020 viel Geld für teilweise fragwürdige Projekte in die Hand. Wenn man die Gemeinden in ihren Kindergärten und Pflichtschulen nun verpflichtet, komplett auf Bio umzustellen, muss es aber die notwendige Unterstützung des Landes geben.

Unsere Kinder sollten es uns wert sein, gesund ernährt zu werden, ohne dass die Kosten auf die Eltern abgewälzt werden. Die Landesregierung würde mit der Finanzierung von kostenlosem Essen in burgenländischen Kindergärten, Horten und Tagesbetreuungen der öffentlichen Volks- und Mittelschulen einen österreichweiten Vorzeigeweg gehen – wie schon beim Gratis-Kindergarten.

Damit wäre auch den Gemeinden bei der Umsetzung der Bio-Quote in den Kinderbetreuungs- und Bildungseinrichtungen wesentlich geholfen, wobei im Zusammenhang mit dem kostenlosen Essen jedenfalls in Betracht gezogen werden sollte, unter gewissen Kriterien gesunde regionale Lebensmittel miteinzubeziehen.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert,

1. die Kosten für das Essen in öffentlichen Kinderbetreuungseinrichtungen (Kindergärten, Horten) und in der Tagesbetreuung der öffentlichen Volks- und Mittelschulen zu übernehmen; und
2. bei der Umsetzung der Bio-Quote auch gesunde regionale Lebensmittel unter gewissen Kriterien zuzulassen.

Es wird ersucht, diesen Antrag dem Sozialausschuss sowie dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss zuzuweisen.